



## Haushaltsrede 2025

Landkreis Fürth, den 03.02.2025

Sehr geehrter Herr Landrat Obst,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Gäste und Pressevertreter,  
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagskollegen,

wir **bedanken** uns für die Vorbereitung und Erläuterung des Haushaltes und die kollegiale Beratung - diesmal auch in der **Sparkommission**. Die angespannte **Haushaltslage** machte es nötig, daß wir uns dort in Verantwortung gegenüber den Bürgern intensiv mit Sparmöglichkeiten befassten. Doch letztlich haben wir dabei mehr von der Verwaltung gelernt, als diese von uns Sparvorschläge erhalten hat.

So sind im Vergleich zum Vorjahr die Kürzungen nur ein Fünftel so hoch ausgefallen. Auch die Personalvorschläge wurden jetzt etwas weniger reduziert. Mit fast 25 neuen **Stellen** für 1,7 Mill. € nehmen diese nun sogar schneller zu als 2024. Die laufenden Ausgaben des Landkreises steigen um 14,5 auf rund 195 Mill. €. **Wir sparen also nur am Zuwachs!** Das ist ein wenig wie bei der Werbung, wo ein Sonderangebot bereits als Sparen verkauft wird.

Trotz 2,2 Mill. € Investitions-Kürzungen verdoppeln sich die **Schulden** fast gegenüber der ursprünglichen Erwartung für 2025 auf knapp 42 Mill. €. Gleichzeitig sanken bereits die liquiden Mittel und unsere Ergebnisrücklage.

Bei der Sparkommission kam es mit darauf an, den Bürgern zu signalisieren, daß wir diesmal noch genauer hinschauen und wirklich **jede vermeidbare Ausgabe überprüfen**. Ich hatte daher bereits in den Beratungen der 2. Sitzung am 14. August auch die linksgünen Lieblingsthemen Klimaschutz, Radverkehrsbeauftragte und Ausländerwesen kritisch angesprochen. Ebenso in der Kreisausschuß- und der Kreistagssitzung im Dezember, wie protokolliert.

Denn einen erneuten Anstieg des **Kreisumlage-Hebesatzes** um beinahe wieder 4 Prozentpunkte auf den nun zweithöchsten Wert in Mittelfranken sehen wir als zu hoch an für die Gemeinden. Bei dieser dritten Erhöhung in Folge müssten diese nun nochmals alle zusammen fast 11 Mio. € mehr zahlen - obwohl die **Umlagekraft** bei einzelnen deutlich gefallen ist. Ohne die Betriebsauflösung mit Gewerbesteuer-Nachzahlung in Oberasbach wäre diese sogar durchschnittlich gesunken.

Inzwischen ist außerdem klar geworden, daß mind. unsere zwei größten Kommunen erhebliche Schwierigkeiten beim Aufstellen eines genehmigungsfähigen Haushaltes und der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben haben. Auch die wirtschaftliche Situation Deutschlands wird immer schwieriger. Daher haben wir bei der Vorberatung im Kreisausschuß einen **5-Punkte-Sparantrag** eingebracht.

Die Streichung der Zuwendung für die **“Allianz gegen Rechtsextermismus”** erscheint uns als selbstverständlich, nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof Ende 2024 festgestellt hat, daß Kommunen keine Arbeit gegen ihre eigenen Mandatsträger unterstützen dürfen und dies über die Allianz passiert. Statt nur rechtsextreme Positionen greift diese nämlich auch Parteien an. Sie wird bereits anderweitig zur Genüge finanziert und wenn dort Steuergelder effektiv eingesetzt würden, hätte sie sich nach 16 Jahren schon längst erfolgsbedingt auflösen können.

Bei **Klimaschutz** und **Radverkehr** wollten wir eine Reduzierung, weil inzwischen jedem diese Themen mehr als bewußt sind und wir allen Beteiligten mehr Eigenverantwortung zutrauen. Wie kann es sein, daß ursprünglich geförderte Stellen, um Dinge in Gang zu bringen, auf ewig vom Landkreis weiterfinanziert werden? Das Argument des bestehenden Arbeitsverhältnis zieht nicht, da die Personen auch woanders eingesetzt oder notfalls gekündigt werden könnten.

Im Bereich **Wohngeld** fehlt ebenfalls die staatliche Unterstützung, obwohl wir hier schon das letzte Mal mit Landkreismitteln aufgestockt haben. Wenn es aber sein soll, daß immer mehr Menschen Wohngeld bekommen müssen, statt ihnen mehr Netto vom Brutto zu lassen, Energiekosten zu senken und Bauen zu vereinfachen, dann brauchen wir natürlich auch leider diese Stellen.

Bei der **Unterkunftsverwaltung** bitten wir Sie aber doch nochmal um eine vorausschauende Sicht: Warum brauchen wir trotz des Rückgangs der Asylanträge, des Regime-Endes in Syrien, der sinkenden Anerkennungsquote und der sich abzeichnenden bundespolitische Asylwende nach “Aschaffenburg” drei unbefristete Asyl-Stellen, die bisher befristet waren? Wurde nicht immer gesagt, Asyl-Unterkünfte seien keine finanzielle Belastung für die Kommunen? Warum sollen wir auf einmal für Kosten einspringen, die bislang der Freistaat übernommen hat? Diese Stellen u.U. für andere Zwecke vorzuhalten, wie vorgebracht, scheint mir angesichts der Haushaltslage als unangemessen.

Wir **beantragen** daher, die Unterkunftsstellen mit dem sachlichen Grund einer unklaren Entwicklung der Fallzahlen erneut auf ein Jahr zu befristen. Kettenarbeitsverträge sind nicht in jedem Fall verboten. Ansonsten möge der Staat diese Stellen auch wie bisher übernehmen!

Der Landkreishaushalt sollte tatsächlich sein Motto **“Lebensfroh und Leistungsfähig”** unterstützen, indem wir Familien, Wirtschaft, Heimatpflege, ja auch die fränkische Wirtshauskultur erhalten und fördern sowie direktdemokratische Mitbestimmung ausbauen. Das wäre eine Strategie für **Lebensqualität** und Zusammenhalt sowie seelisch-emotionale Stabilität vor dem Hintergrund der Fallzahlen und Kosten im Jugendamt und Sozialbereich. Wir brauchen eigentlich Familienbetriebe wie Cadolto und auch die LEADER-Förderung der EU sollte nicht wie möglicherweise bei der Hofladenbox zum Boomerang für regionale Betriebe werden.

Ein belastendes **gesellschaftliches Klima** entsteht dagegen durch das Überdrehen von Stellschrauben im Bereich Klimaschutz oder Verkehr und das Schüren von Ängsten vor Pandemien, vor einer realistischen Asylpolitik, vor der halben Welt oder durch das spaltende Wort “Demokratiefeinde” ausgerechnet für die, die sich nach mehr Demokratie, Sicherheit, Frieden und Freiheit sehnen.

Fraktionsvorsitzenden-Kollegin Frau Krach erwartete im Kreisausschuß zumindest mittelfristig Änderungen von einer neuen Bundesregierung. Dem schließen wir uns als AfD-Fraktion an und appellieren an den Landrat, weiterhin mit den Spitzenverbänden Druck auszuüben, die **Schere zwischen staatlichen Aufgaben und Zuwendungen** bei den Kommunen wieder zu verkleinern, die bereits vor der Wohngeldreform im Schnitt 4,7 Mill. € pro Landratsamt betrug.

Aber diese Änderungen werden nur gelingen, wenn man von einem ideologischen Gegeneinander zu einem Miteinander kommt. Es brennt finanziell in den Kommunen. Und da hilft keine begrünte Beton-Brandmauer! Da hilft eher erfrischendes blaues Wasser als sinnbildliches Lebenselixier für wirtschaftliche und persönliche Freiheit und einen daraus möglichen, selbst erarbeiteten **Wohlstand** - mit Gewerbe, das lokale Traditionen mit Innovation verbindet und unseren Haushalt wieder auf eine gesunde Grundlage stellt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Claus-Georg Pleyer,  
Fraktionsvorsitzender